

WESTSAHARA: DER ALTERNATIVE NOBELPREIS WIRD DER MENSCHENRECHTSAKTIVISTIN AMINATOU HAIDAR VERLIEHEN

Die letzte Kolonie Afrikas

VON YORK SCHAEFER

Das die Standards des humanitären Völkerrechts manchmal eben doch globalisierte Wirtschaftsinteressen überwiegen, zeigte sich im Mai 2017 im süd-afrikanischen Port Elizabeth. Die Zollbehörden der Hafenstadt beschlagnahmten damals die 54 000 Tonnen schwere Phosphatladung, die an Bord eines Frachters aus der seit 1976 völkerrechtswidrig von Marokko besetzten Westsahara auf dem Weg nach Neuseeland war. Ein spektakulärer Fall. Der Warenwert betrug 5,2 Millionen US-Dollar. Im Februar 2018 schließlich urteilte das Oberste Gericht in Südafrika, dass die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS), der Exilstaat der saharauischen Urbevölkerung in den algerischen Flüchtlingslagern, rechtmäßige Eigentümerin der Phosphatfracht sei. Ein Präzedenzfall auch für die Befreiungsbewegung Frente Polisario, die von der UNO anerkannte Vertreterin des Kampfes der Saharauis um ihr Recht auf Selbstbestimmung.

Umstrittenes Fischmehl

Nun hat Südafrika aufgrund seiner eigenen Geschichte der Unterdrückung eine besondere Beziehung zur Westsahara. Im Gegensatz zu Deutschland etwa wird die DARS von Pretoria als eigener Staat anerkannt. Schiffe mit völkerrechtlich umstrittener Fracht aus den besetzten Gebieten der Westsahara kommen allerdings auch in Bremen regelmäßig an. Seit Juli 2018 hat das internationale Recherchenetzwerk Western Sahara Resource Watch im Holzhafen drei Schiffslieferungen mit Fischmehl aus El Aaiun, der dortigen Hauptstadt, identifiziert, deren Herkunft als marokkanisch und nicht als aus der Westsahara kommend gekennzeichnet war.

„Bei diesen Importen handelt es sich um Fischmehl, das zu fast 80 Prozent aus Fischen aus den Gewässern vor der besetzten Westsahara und ohne Zustimmung des saharauischen Volkes, des Souveräns dieses Hoheitsgebietes ohne Selbstregierung, gewonnen

wurde. Dies stellt eine Verletzung des Völkerrechts dar“, heißt es in einem Factsheet, das der Bremer Verein Freiheit für die Westsahara jüngst zusammengestellt hat.

Die Rechtslage ist in der Tat kompliziert. Es stehen sich Vertragsrecht, geregelt über verschiedene Assoziierungsabkommen zwischen Marokko und der EU, sowie das Völkerrecht gegenüber. Hintergrund ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom Dezember 2016. Dort heißt es, dass die entsprechenden Abkommen, zu dem auch eines über Fischereiprodukte gehört, nicht für das Gebiet der Westsahara anzuwenden sind. Zumindest nicht bis die politischen Vertreter der Saharauis ihr Einverständnis zum Handel mit den natürlichen Ressourcen ihres Landes, zu denen auch große Phosphatvorkommen gehören, gegeben haben. Trotzdem blieb der Bremer Zoll mit Verweis auf das Steuerge-

heimnis damals untätig. Seit Juli diesen Jahres gibt es ein vom EU-Parlament beschlossenes neues Abkommen, das auch die Gebiete der besetzten Westsahara mit einschließt. Die Frente Polisario bestreitet allerdings, ihr Einverständnis für den Handel mit den Ressourcen ihres Landes gegeben zu haben.

Ein Dilemma auch für die Bremer Politik, da man sich in der Hansestadt schon länger solidarisch mit der Sache der Saharauis zeigt. 2013 bekam die aktuelle Trägerin des alternativen Nobelpreises Aminatou Haidar den Bremer Solidaritätspreis verliehen. In einem fraktionsübergreifenden Beschluss sprach sich die Bürgerschaft 2016 für die Durchführung des UN-Referendums zum Selbstbestimmungsrecht der Saharauis aus. „Wir haben das neue Handelsabkommen zwischen der EU und Marokko mit Entsetzen zur Kenntnis genommen“, sagt Antje Grotheer (SPD), Vizepräsi-

dentin der Bürgerschaft und Schirmherrin des Kuratoriums des Vereins Freiheit für die Westsahara. Auch sie sieht mit den Lieferungen von Fischmehl nach Bremen das Völkerrecht verletzt. Ihr Ziel ist es weiterhin, ein Gutachten in Auftrag zu geben, das den Handlungsspielraum des Bremer Senats abklärt. Der zieht sich bisher auf die Gesetzgebungskompetenz des Bundes bei außenwirtschaftlichen Fragen zurück. „Das Bundesland Bremen kann keinen eigenen Importstopp verhängen“, heißt es in der Antwort des Senats auf eine kleine Anfrage der SPD-Fraktion vom November 2018.

„Es gibt immer noch kein ausreichendes Monitoring-System, wie es im EuGH-Urteil vorgesehen ist, um die Unterscheidung der Produkte aus der Westsahara und Marokko zu kontrollieren und inwiefern die saharauische Bevölkerung vom Handel damit profi-

tiert“, kritisiert Joachim Schuster, Bremer SPD-Abgeordneter im EU-Parlament. Ursprünglich sei ein solcher Mechanismus schon für Ende 2019 von der EU-Kommission in Aussicht gestellt worden, nun solle er im dritten Quartal 2020 kommen. „Da wird auf Zeit gespielt“, meint der Parlamentarier.

Mit der ehemaligen Protektorsmacht Frankreich hat das Königreich Marokko einen mächtigen Verbündeten aus der EU an seiner Seite. Auch Spanien, bis 1976 ehemalige Kolonialmacht in der Westsahara, bevor Marokko dort mit 300 000 Zivilisten einmarschierte, hat bis heute starke wirtschaftliche Interessen in dieser Region. Vor allem beim Fischfang. Und trotzdem: „Die Verhandlungen zwischen Marokko und der Frente Polisario über den Friedensprozess müssen wieder aufgenommen werden. Es geht um die letzte Kolonie Afrikas“, erklärt Joachim Schuster.



Alltag im Flüchtlingslager im Südwesten Algeriens: Eine Saharai-Frau wäscht im Camp Boudjdour bei Tindouf ihre Kleider.

FOTO: BENSEMRA/REUTERS



„Ich stehe ständig unter Beobachtung“

Aminatou Haidar (53)

Man nennt sie die „Ghandi der Westsahara“ für ihren gewaltfreien Widerstand gegen die Besetzung ihrer Heimat Westsahara. Am Mittwoch wird Aminatou Haidar in Stockholm mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet. Der WESER-KURIER erreichte die Menschenrechtsaktivistin zuvor in ihrer Heimatstadt El Aaiun.

Was bedeutet Ihnen persönlich der alternative Nobelpreis, und wie hilfreich können solche Auszeichnungen für die Sache der Saharauis sein?

Aminatou Haidar: Ich fühle mich natürlich sehr geehrt, auch wenn das nicht mein erster Preis ist. Diese Art der internationalen Anerkennung ist eine große Unterstützung für den Kampf meines Volkes.

Ihre Landsmännin Laila Fakhouri, die demnächst den Menschenrechtspreis der Stadt Weimar entgegennehmen wird, schrieb, dass solche Preise einen Schutz für sie darstellten. Sehen Sie das ähnlich?

Ja, durchaus. Die Repressalien durch die marokkanischen Sicherheitskräfte gehen ja weiter. Direkt nach Bekanntgabe der Auszeichnung im Oktober gab es hier in El Aaiun in den von Marokko besetzten Gebieten öffentliche Versammlungen der Saharauis. Mir wurde dann zum Beispiel untersagt, zu filmen und Fotos von den Kundgebungen zu machen, geschlagen wurde ich auch. Zudem stehe ich ständig unter Beobachtung durch die Sicherheitskräfte um mein Haus herum.

Wie ist aus Ihrer Sicht die aktuelle Situation ihrer Landsleute in den besetzten Gebieten und in den saharauischen Flüchtlingslagern in Algerien?

Die Treffen und Versammlungen von saharauischen Aktionsgruppen sind nach wie vor verboten, sowohl öffentlich als auch privat. Aktuell sitzen 46 Saharauis, die sich 2010 in einem großen Zeltlager in Gdeim Izik für Menschenrechte eingesetzt haben, in marokkani-



Bekam 2013 den Solidaritätspreis des Bremer Senats verliehen: die Menschenrechtlerin Aminatou Haidar aus der Westsahara.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

schen Gefängnissen. Internationale Beobachter kommen nach wie vor nicht in die besetzten Gebiete. Unsere Ressourcen und Bodenschätze wie Phosphat und Fisch werden weiterhin ausgebeutet – mit europäischer Beteiligung. Wir als Saharauis sind wirtschaftlich marginalisiert und leben sehr ärmlich. Selbst mit Hochschulabschluss bekommen wir nur unbedeutende Jobs. Auch in den Flüchtlingslagern leiden die Menschen und warten darauf, dass die internationale Gemeinschaft endlich eine Lösung findet.

Schon lange ist von einem neuen Krieg die

Rede. Wie schätzen Sie die Lage ein, gerade unter den jungen Leuten, die nichts anderes kennen als Lagerleben und die Besetzung? Das ist eine große Herausforderung, da ich für friedlichen Widerstand eintrete. Die jungen Leute machen sehr viel Druck auf die Vertreter der Frente Polisario (offiziell anerkannte politische Vertretung der Saharauis). Sie werfen uns als Menschenrechtskämpfer vor, nur leere Parolen zu formulieren, und fordern einen bewaffneten Widerstand, da sich seit über vier Jahrzehnten nichts geändert hat. Es ist frustrierend zu sehen, dass die internationale Gemeinschaft das internationale Recht,

ein Referendum über unseren politischen Status durchzuführen, nicht umsetzt.

Was entgegnen Sie diesen Forderungen?

Ich versuche den jungen Leuten immer zu sagen, dass wir, gerade weil wir uns für eine friedliche Lösung des Westsahara-Konfliktes einsetzen, zunehmend positive internationale Aufmerksamkeit bekommen. Dazu gehören auch solche Auszeichnungen wie der alternative Friedensnobelpreis.

Wie ist der Stand der Verhandlungen zwischen der Polisario und der marokkanischen Regierung, insbesondere nach der Demission des UN-Sonderbeauftragten Horst Köhler?

Nachdem Horst Köhler zurückgetreten ist, ist der Prozess eher rückwärtsgewandt. Besonders Frankreich blockiert weitere Verhandlungen, da es Marokko als seinem ehemaligen Protektorat eine Sonderbehandlung zukommen lässt.

Falls doch bald ein Referendum käme und sich die Menschen für einen unabhängigen Staat Westsahara entschieden: Wäre nach so langer Zeit der Unterdrückung überhaupt noch ein friedliches Zusammenleben mit den Marokkanern möglich?

Die „normalen“ Marokkaner sind unsere Brüder und Schwestern, die wir mit offenen Armen in unserem Land begrüßen würden. Unsere Wut als saharauisches Volk richtet sich gegen die Autoritäten.

Was lässt Sie nach den vielen Repressalien gegen Sie persönlich mit Gefängnis und Folter noch an eine Lösung der Westsahara-Frage glauben?

Wir sind davon überzeugt, unser Recht auf Selbstbestimmung als Volk einfordern zu dürfen. Die Kraft und der Glaube daran werden auch gestärkt durch die Arbeit von Vereinen wie Freiheit für die Westsahara aus Bremen und vielen anderen in Europa.

Die Fragen stellte York Schaefer.

Innere und äußere Dimension



Volker Kröning (74)

war zwischen Innen-, Justiz und Finanzsenator Bremens und saß bis 2009 für die SPD im Bundestag. Seit 2010 ist der Jurist Honorarkonsul Marokkos.

Seit dem Juli 2018 sind im Bremer Holzhafen drei Ladungen mit Fischmehl aus den Gebieten der Westsahara angekommen. Das gilt aufgrund des Status der Westsahara als völkerrechtlich umstritten. Wie ist Ihre Position dazu als Honorarkonsul von Marokko?

Volker Kröning: Ganz einfach: Marokko als im Nordwesten Afrikas gelegenes Land hat ein besonderes Verhältnis zur EU und mittlerweile auch zu Deutschland durch die Initiative „Compact with Africa“. Im Übrigen sind die bremischen Häfen Universalhäfen.

Wäre es nicht im Sinne Marokkos, den schon lange währenden Krisenstatus in der Westsahara-Frage zu beenden und für mehr Transparenz zu sorgen? Zum Beispiel bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit durch Kennzeichnung der Produkte aus der Region oder dadurch, dass man ausländische Beobachter in die besetzten Gebiete lässt?

Nein. Die Lösung der Westsahara-Frage hat eine äußere und innere Dimension: im Verhältnis zu Algerien und im Verhältnis der Bewohner der Region und ihrer Amts- und Mandatsträger zur Zentrale in Rabat.

Wie sehen Sie nach der Demission von Horst Köhler die Zukunft der Verhandlungen zwischen Marokko und der Frente Polisario? Ist das Referendum noch möglich?

Das hängt vom Ausgang des Prozesses ab, den Horst Köhler eingeleitet hat. Mit seiner Demission ist der Runde Tisch nicht abgeschafft – keine der beteiligten Seiten ist aus dem Prozess ausgestiegen. Doch leider gibt es immer noch keinen Nachfolger.